

Position : **Europapolitik**

► **Rahmenabkommen Schweiz – Europäische Union**

Nach jahrelangen Verhandlungen liegt das Abkommen zwischen der EU und der Schweiz auf dem Tisch. Doch der Inhalt des Abkommens ist enttäuschend. Das mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen weist grosse Mängel auf. Das Verhandlungsmandat des Bundesrates wurde nicht eingehalten und die roten Linien überschritten.

Das Abkommen ist so schlecht, dass selbst die Wirtschaft, welche seit Jahren ein solches Abkommen fordert, den Inhalt des Abkommens kritisiert.

Aber auch von verschiedenster Seite, politisch links bis rechts, Parteien und Verbänden herrscht Gegenwind.

Neben der SVP laufen deshalb auch die Gewerkschaften Sturm gegen das Abkommen. Doch nicht nur die Linken und die SVP können nicht zufrieden sein mit dem Abkommen.

Der Gewerbeverband lehnt die jetzige Version des Abkommens ab. Der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie hält fest: Ohne Verbesserungen ist das Abkommen chancenlos. Selbst die Economiesuisse beklagt, dass die Klärung von gewissen Punkten nötig sei.

- Im Bereich der flankierenden Massnahmen wurden zu viele Zugeständnisse gemacht.
- Das Schiedsgericht ist ein Feigenblatt, denn de facto entscheidet das oberste Gericht der EU. Damit ist die EU Kläger und Richter: Kläger durch die EU-Kommission, Richter durch den EuGH.
- Die Unionsbürgerrichtlinie, welche EU-Bürgern eine unbeschränkte Niederlassung und vereinfachten Zugang zum Sozialstaat ermöglicht, wird im Abkommen mit keinem Wort erwähnt.
 - Es ist damit schon jetzt absehbar, dass die Schweiz diese Richtlinie übernehmen müsste, denn aus Sicht der EU ist die Unionsbürgerrichtlinie ein integraler Bestandteil des Personenfreizügigkeitsabkommens.

- ▶ Ebenfalls ein Problem stellen die Guillotine- und Kündigungsklauseln dar, welche für alle zukünftigen Abkommen mit der EU gelten würden.

Als liberaler Politiker kann man dem jetzigen Abkommen nicht zustimmen.

- **Ohne Nachverhandlungen und substanzielle Änderungen ist das Abkommen in der jetzigen Form abzulehnen!**

Dabei wird nur verlangt, was ihr die EU im vorliegenden Entwurf im Grundsatz zugesteht, in den konkreten Bestimmungen jedoch zurücknimmt:

die Wahrung von direkter Demokratie und Föderalismus auch unter den Bedingungen eines institutionellen Rahmenabkommens.

Gerade mit Blick auf fragwürdige politische Praktiken und Medienfreiheiten gewisser EU- Staaten, z.B. Polen und Ungarn, steht es der EU nicht zu das Schweizer Staatssystem zu unterminiere.

In der Summe ist die Schweiz ein Gewinn für das Staatengefüge der EU.

Das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU weist grundlegende Mängel auf. Es lässt es sich aber retten.

Die Schweiz ist, auch wenn dies viele ins Lächerliche ziehen, in ihrem Staatsaufbau ein Sonderfall. Allein auf weiter Flur ist sie ein Staat mit starken direkt-demokratischen Rechten.

Würde sie die beiden Hauptforderungen der EU zum Rahmenabkommen vorbehaltlos akzeptieren, erlitte sie einen irreparablen Souveränitäts- und Demokratieverlust.

Die Schweiz muss von der EU mehr Respekt für ihr Staatssystem einfordern!

Deshalb muss der Bundesrat das Rahmenabkommen neu verhandeln.

Das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union (EU) wird im wesentlichen von einer einzigen Frage beherrscht:

Wie kann die Schweiz die Beziehungen gestalten, ohne Souveränität *und* Wohlstand zu gefährden? Ginge es allein um die Souveränität, wüsste man, was zu tun ist: alle Angebote aus Brüssel ablehnen, die unsere Souveränität zu beschneiden drohen. Und ginge es allein um den Wohlstand, wäre auch klar, was man tun müsste:

alle Verpflichtungen eingehen, die unseren Wohlstand mehren

Die Schweiz muss ihre Souveränität und ihren Wohlstand schützen. Der Bundesrat müsste daher im Interesse der Souveränität das vorliegende Rahmenabkommen ablehnen aber im Interesse des Wohlstands annehmen. Praktisch heisst das: Er muss auf Neuverhandlungen bestehen und eine bessere Balance zwischen den beiden Zwecken herstellen. Denn ein Rahmenabkommen macht durchaus Sinn – aber nicht ein Vertrag, in dem die umfassende Mitbestimmung der Bürger und die hohe Legitimität unserer Demokratie auf der Strecke bleiben.

Zentrale Verhandlungsziele müssen dabei sein:

- **keine Anbindung an das EU - Gericht**
- **Die dynamische Rechtsübernahme nur in Verbindung mit einer sinnvollen Opting - Out Klausel.**

Zu den weiteren Punkten welche einer dringenden Klärung bedürfen zählt:


- Der Lohnschutz
- Die Unionsbürgerrichtlinie
- Die staatlichen Beihilfen

Wir dürfen die Gesamtsicht nicht aus den Augen verlieren.

Und diese zeigt: Die Schweiz hat alles Interesse daran, ihre Beziehungen zur EU zu vertiefen. Zum beidseitigen Vorteil.

Aber im Fall des Rahmenabkommens muss es der Schweiz erlaubt sein, eine Schutzklausel anzurufen und Respekt für ihr eigenes Staatswesen einzufordern.

Ludwig Loretz



Andermatt, 21. September 2020

**In der Praxis ist kein Staat völlig souverän.
In einer interdependenten Welt hängt jeder in irgend
einer Form vom anderen ab.**

Paul Widmer / ehemaliger Botschafter